

Der Amtsschimmel ist ein Goldesel

Bei den Gebühren bitten die Gemeinden ihre Einwohner vermehrt zur Kasse

BaZ 29.10.2007

HANNES HÄNGGI

Die Gebühren für Wasser, Abwasser, Abfall und Amtshandlungen in den Gemeinden haben sich in den vergangenen zwanzig Jahren verdoppelt. Die Finanzdirektion hofft, dass nun die Spitze erreicht ist.

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Bezahlten die Baselbieterinnen und Baselbieter im Jahr 1986 noch durchschnittlich 140 Franken für die Gebühren in ihrer Gemeinde, so sind es zwanzig Jahre später schon 360 Franken – mehr als das Zweieinhalbfache. Selbst wenn man die Inflation berücksichtigt, kommt man noch auf durchschnittlich 250 Franken, die jeder Einwohner einer Baselbieter Gemeinde allein für Gebühren ausgibt (siehe Grafik). Diese Zahlen hat das Statistische Amt des Kantons Baselland im Auftrag der baz zusammengestellt. Insgesamt kassierten die Gemeinden im vergangenen Jahr 96,6 Millionen Franken für die Gebühren; zwanzig Jahre zuvor waren es 31,9 Millionen – allerdings noch ohne Laufentaler Gemeinden.

Am auffälligsten ist der Sprung bei den Gebühren für Abwasser und Abfallbeseitigung: Jeweils verdreifacht haben sich hier die Kosten. Simon Merz vom Statistischen Amt schränkt aber ein: «Nur weil sich die Gebühren verdreifacht haben, heisst das noch nicht, dass die Gemeinden dreimal mehr einnehmen.» Denn die Berechnungsgrundlagen, wie die Gebühren erhoben würden, hätten sich stark geändert.

VERURSACHERPRINZIP. Tatsächlich ist man bei der Abfallentsorgung zum Verursacherprinzip übergegangen. Wurde der Kehricht vor ein paar Jahren noch indirekt über die Steuern bezahlt, klebt heute auf jedem Abfallsack eine Gebührenmarke. «So achten die Leute vermehrt darauf, weniger Abfall zu produzieren», sagt Annemarie Spinnler vom kantonalen Amt für Umweltschutz und Energie (AUE). Als auf den 1. Januar 1992 das neue Umweltschutzgesetz in Kraft getreten sei, habe sie beobachten können, wie die Abfallmenge «markant» zurückgegangen sei.

Ähnlich sieht es bei den Abwassergebühren aus: «Vor 1995 hat der Kanton nur die Betriebskosten für die Abwasserreinigungsanlagen verrechnet», sagt Christoph Bitterli, der Bereichsleiter Betrieb Abwasseranlagen in der Bau- und Umweltschutzdirektion. Seither werden auch die gesamten Investitionen weiterverrechnet. «Das hat die Gebühren um den Faktor 2 erhöht.» In den letzten Jahren seien die Kosten der Abwasserreinigung aber gesunken und gleichzeitig werde im Kanton weniger Wasser verbraucht, sagt Bitterli. «Die Gebühren einfach so zu vergleichen ist deshalb problematisch.»

Für die Steuer- und Gebührenzahler zählt aber nur, was Ende Jahr im Portemonnaie übrig bleibt. Denn wenn jetzt zwar mehr Gebühren für Abwasser und Abfall, im Gegenzug aber weniger für Steuern bezahlt werden müsste, ginge die Rechnung für die Baselbieterinnen und Baselbieter auf. Ein Blick auf die



Leere Taschen. Die Gebührenbelastung in den Gemeinden hat sich verdoppelt – den Bürgern bleibt weniger Geld. Foto Tino Briner

Steuerstatistik zeigt aber, dass das nicht der Fall ist: 1986 lag der Steuerertrag natürlicher Personen in den Baselbieter Gemeinden bei durchschnittlich 1117 Franken, 2006 schon bei 2029 Franken. Den Steuerfuss für natürliche Personen gesenkt haben nur 38 von 86 Baselbieter Gemeinden; in 29 Gemeinden wurde der Steuerfuss sogar erhöht, in 19 blieb er unverändert (in der Periode zwischen 1994 und 2007).

Besonders schmerzhaft trifft es zum Beispiel Reigoldswil: Mit 3.35 Franken pro Kubikmeter erhebt die Gemeinde die höchsten Wassergebühren im Kanton (Durchschnitt 1.66 Franken). Auch die Abfallgebühren liegen leicht über dem Kantonsmittel, gleichzeitig wurde der Steuerfuss angehoben.

TEURE AMTSHANDLUNGEN. Keine veränderten Berechnungsgrundlagen gibt es bei den Gebühren für Amtshandlungen. Diese haben sich von durchschnittlich 13 Franken auf 22 Franken pro Einwohner erhöht – inflationsbereinigt. Lässt man die Inflation weg, zahlt heute jeder Baselbieter im Durchschnitt sogar 31 Franken – mehr als doppelt so viel wie vor zwanzig Jahren. Laut Simon Merz vom Statistischen Amt sind in den neuesten Zahlen die Gebühren für Gewerbepolizeiliche Bewilligungen, Kanzlei-, Niederlassungs-, Einbürgerungs-, Mahn- und Landumnutzungsgebühren sowie Gebühren für Baubewilligungen enthalten. Merz möchte aber nicht grundsätzlich aus den Zahlen schliessen, dass die Gebühren überall gestiegen sind. Auch mehr Mahnungen

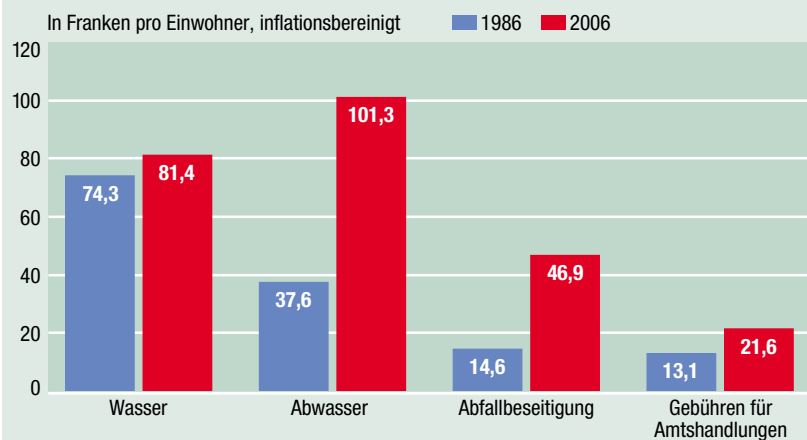
und mehr Einbürgerungen könnten zur Kostenentwicklung beigetragen haben.

Zur Kasse bittet nebst den Gemeinden auch der Kanton. Die Baselbieter Finanzverwalterin Yvonne Reichlin erwartet für nächstes Jahr bei den «Gebühren für Amtshandlungen» Mehreinnahmen von 4,7 Millionen Franken. Insgesamt sollen dann Gerichts- oder Bewilligungsgebühren den Staatsseckel mit über 70,4 Millionen Franken füllen. Reichlin erklärt diese Zunahme nicht mit höheren Gebühren, sondern mit mehr Fällen. «Grundsätzlich gehen

die Gebühren runter», sagt Reichlin. Dazu war aber erst ein Gerichtsentcheid nötig: «Das Steuergericht hat geurteilt, dass die Gebühren zu hoch sind», sagt Reichlin. Das Kostendeckungsprinzip, nach dem eine Gebühr nicht höher sein darf, als der effektive Aufwand, werde nicht überall eingehalten. Nun werde der Kanton das Prinzip aber umsetzen, verspricht Reichlin. «Schliesslich möchten wir auch im Vergleich mit den anderen Kantonen nicht schlecht dastehen.»

> www.statistik.bl.ch

ENTWICKLUNG DER GEBÜHREN IN DEN BASELBIETER GEMEINDEN



Die Abwassergebühren 1986 und 2006 lassen sich nur schwer vergleichen, da unterschiedliche Berechnungsgrundlagen vorliegen.

Der Bereich Gebühren für Amtshandlungen beinhaltet beispielsweise Baubewilligungen, Mahngebühren, Einbürgerungsgebühren etc.

Immer mehr. Die Gebührenbelastung hat zugenommen. Grafik Statistisches Amt BL/baz